

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XIX/188

Bonn, den 1. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Auch kleine Schritte können möglich sein</u> Überlegungen zur Arbeit des Bundestages Von G. Markscheffel	89
3	<u>Im Schatten des Wahljahres</u> Bundesregierung und Vermögensbildung	49
4	<u>Deutscherunterricht für Ausländer</u> Es gibt zu wenig deutsche Auslandsschulen	45
5	<u>Bereites Schweigen</u> Bonn und Südafrika	49

Auch kleine Schritte können nützlich sein

Überlegungen zur Arbeit des Bundestages

Von G. Markscheffel

Seit geraumer Zeit beschäftigen sich namhafte Politiker, bedeutende Publizisten, Staatsrechtler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit der Frage, warum der Deutsche Bundestag verhältnismäßig wenig Popularität genießt. Die meisten Teilnehmer an dieser rundum öffentlich gewordenen Diskussion sind von tiefer Sorge um den Bestand und das Ansehen der parlamentarischen Demokratie erfüllt; nur wenige von ihnen beteiligen sich an ihr vom Standpunkt des Anti-Parlamentarismus.

* * *

Schon vor einigen Jahren hat man im Bundestag selbst die Frage erörtert, ob das Unbehagen über das scheinbar mangelhafte Funktionieren des Parlaments nicht durch die Beseitigung technischer Mängel behoben werden könnte. Man sprach von einer neuen Sitzanordnung der Abgeordneten und überlegte, wie durch die Einführung der Fragestunde die Parlamentsdebatten aktualisiert werden könnten. Die Diskussionen über eine neue Sitzanordnung verstummten bald, weil man wohl eingeschaut hatte, daß die Gründe für das Unbehagen am Parlament nicht technisch bedingt sind. Die Fragestunde hat - ohne Zweifel - die parlamentarische Tätigkeit belebt; sie ersetzt jedoch nicht die allgemein als notwendig anerkannte Aufwertung der gesamten Parlamentsarbeit.

Zahlreiche Überlegungen zu diesem Thema gipfelten in der Behauptung, der Bundestag sei deshalb nicht populär, weil die Sozialdemokratie darauf verzichtet habe, eine "richtige Oppositionspartei" zu sein. Meist kam dieser Vorwurf von jenen, die früher oft behauptet hatten, die SPD mache "nur" Opposition . . .

Auch diese Bemerkungen sind inzwischen fast verstummt, denn genauere Untersuchungen haben ergeben, daß die Sozialdemokratie in den entscheidenden Fragen der deutschen Politik sich oft genug klar von den Auffassungen der Regierungsparteien distanziert und mit ihrer Meinung keineswegs hinter dem Berge hält.

* * *

In gewissem Sinne mag das öffentliche Unbehagen über die angebliche Unzulänglichkeit der Parlamentsarbeit auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß in der deutschen Presse verhältnismäßig wenig über Parlamentssitzungen berichtet wird. Es wäre aber sehr töricht, wollte man "die Presse" oder die Parlamentsberichterstatte für den Mangel an Publizität verantwortlich machen. Vielmehr ist zu überlegen, ob nicht die Schuld an der unzulänglichen Berichterstattung am Parlament selbst liegt.

* * *

Zunächst ist festzustellen, daß in den letzten Jahren wichtige innen- und außenpolitische Ereignisse erst in einem Augenblick im Parlament erörtert wurden, als das Ereignis selbst schon der Vergangenheit angehörte. Die Folge davon war naturgemäß ein verringertes Publikationsinteresse, das aber wiederum nicht auf das Konto der Journalisten zu

schreiben ist, sondern seine Ursache in der zeitlich distanzierten Behandlung des betreffenden Problems durch das Parlament selbst hat.

In dieser Beziehung wäre also zu überlegen, ob der Ältestenrat des Bundestages nicht endlich eine Methode entwickeln sollte, mit deren Hilfe rein tagesordnungsmäßig aktuelle Ereignisse gleichzeitig auch zu aktuellen Parlamentsereignissen gemacht werden können.

* * *

Eine zweite Ursache für die geringe publizistische Wirkung des Bundestages ist sicher die Belastung der Tagesordnung mit unzähligen Einzelfragen, über die nach ein oder zwei Sitzungstagen zu berichten einfach unmöglich ist. In den vergangenen zwei Jahren hat es Sitzungstage mit vierzig und mehr Tagesordnungspunkten gegeben! Der Bürger liest nach solchen Sitzungen des Bundestages am nächsten Morgen in seiner Zeitung oft nur die lakonische Mitteilung, "das Parlament" habe dieses oder jenes beschlossen, ohne im einzelnen darüber unterrichtet zu werden, welche Haltung die einzelnen Fraktionen zu den betreffenden Beschlüssen eingenommen haben.

Daher kommt es auch, daß viele Bürger den Bundestag g l o b a l für eine ihnen nicht einleuchtende Entscheidung verantwortlich machen. Wenn sie dann von ihrem Abgeordneten in einer Versammlung hören, daß nur ein Teil der Parlamentarier das betreffende Gesetz für gut befunden hat, während ein a n d e r e r Teil heftige Einwände dagegen erhob, werden sie verwirrt und sind häufig geneigt, den Bundestag als G a n z e s zu verurteilen.

* * *

Die tiefgründigsten Untersuchungen, ob und wie die Parlamentsarbeit lebensnah gestaltet werden kann, entheben uns nicht der Verpflichtung, ernsthaft darüber nachzudenken, wie man schon auf dem Wege über eine konzentrierte Tagesordnung einen Schritt zur größeren Popularität des Bundestages hin tun kann.

Ideal wäre es, würde sich der Bundestag entschließen, etwa in der Mitte der Woche ein oder zwei wichtige Probleme in den Vordergrund zu stellen. In diesem Falle könnten die Zeitungen ausführlich über die mit dem Problem im Zusammenhang stehende Diskussion berichten, und in den Wochenendblättern könnte dann in einer zusätzlichen Kommentierung das Für und Wider einer Bundestagsentscheidung ventiliert werden. Bei der gegenwärtigen Arbeitsweise des Deutschen Bundestages ist das unmöglich, es sei denn, die Zeitungen wären in der Lage, ganze Seiten mit der Wiedergabe von Reden und Gegenreden im Parlament protokollartig dem Leser zu bieten. Ob diese Stoff-Fülle dann aber vom Zeitungsläser bewältigt werden kann, ist mehr als fraglich.

* * *

Darüber hinaus wäre natürlich noch die Frage zu klären, ob die Konstruktion des Parlaments und die interne Ausschussarbeit in ihrer jetzigen Form den schnellen Publikationsmöglichkeiten und -bedürfnissen sowie der Entwicklung der Gesellschaftsstruktur gerecht werden. Würde man aber mit den vorher skizzierten k l e i n e n Schritten zur Verbesserung der Parlamentsarbeit beginnen, diese dadurch publikationswürdiger machen als sie bisher ist, wäre schon viel gewonnen.

+ + +

Im Schatten des Wahljahres

Bundesregierung und Vermögensbildung

Der - Fünf Bundesminister sind vom Bundeskabinett beauftragt worden, sich Gedanken für ein neues Gesetz zur Förderung der Vermögens- und Eigenausbildung der Arbeitnehmer zu machen. Der Zeitpunkt dieser Ankündigung fällt zunächst auf: Er liegt drei Tage nach dem für die beiden Koalitionspartner so betrüblichen Ausgang der Gemeindegewahlen in Nordrhein-Westfalen. Der Regierung schwankt der Boden unter den Füßen. Das Mandatkol von Nordrhein-Westfalen zwingt die Koalition zur stärkeren Aktivität im innenpolitischen Bereich. Das Ergebnis der Kommunalwahlen war eine wohlverdiente Quittung für politische Fehlentscheidungen, Unterlassungen und Versäumnisse. Nun will die Regierung, von Furcht getrieben, auf einigen Gebieten nachholen, was längst hätte in Angriff genommen werden können und müsse. Sie strebt nach mehr Gerechtigkeit bei der Bildung von Eigentum.

Die Diskussion über eine gerechtere Vermögens- und Eigentumbildung der Arbeitnehmer ist seit langem im Gange. Sie findet vor dem bevorstehenden Hintergrund einer gesellschaftspolitischen Entwicklung statt, die bisher die Bildung von Riesenvermögen einseitig begünstigte, und den kleinen Mann benachteiligte. Was das deutsche Volk insgesamt an Leistungen vollbrachte, kommt nicht allen seinen Gliedern zugute. So gingen 70 Prozent des neu gebildeten Vermögens an die alten Vermögensbesitzer, nur 30 Prozent konnten einigermaßen gestreut werden. Die Empfehlungen des Arbeitskreises katholischer und evangelischer Theologen und Soziologen fanden in der Öffentlichkeit eine große Beachtung, jedoch keine entsprechende Resonanz bei den Regierungsparteien. Dieses heiße Eisen wollten sie nicht anfassen. Den Nachweis, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, überließen sie dem Kölner Industrie-Institut. - Der letzten großen Anstoß zur Wiederbelebung der Diskussion gab der Leber-Plan. Seine Grundgedanken sind von der Tagesordnung sozialer Innenpolitik nicht mehr wegzudenken. Spürte die Bundesregierung die Gefahr, die sie selbst durch ihre Unzulänglichkeit im Bereich einer modernen Gesellschaftspolitik heraufbeschwor?

Die bisherigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung gleichen dem berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Den Zug zur einseitigen Vermögensbildung haben sie nicht eindämmen können. In den letzten Jahren ging sogar die Sparfähigkeit der Arbeiterhaushalte wesentlich zurück. Nun will die Regierung die notwendigen Korrekturen herbeiführen, und gleich fünf Minister (!) unter der Federführung von Bundesarbeitsminister Blank sollen jetzt ihre Köpfe anstrengen. Was dabei herauskommen wird? Was immer Blank anfasste, das zerfloß in seinen Händen. Nichts gelang ihm. Die Öffentlichkeit wird freilich bald merken, ob es sich bei diesem lobenswerten Dingen um Schaunschlägerei handelt. Die Minister, meinen sie es wirklich ernst mit einer gerechteren Vermögensbildung, brauchen nicht lange nach Unterlagen zu forschen, sie sind in reichem Maße vorhanden. Erkenntnisse sind da, aber auch der Wille? Wir fürchten, die Hände der Minister bleiben gebunden durch die Macht starker Interessengruppen.

Deutschunterricht für Ausländer

Es gibt zu wenig deutsche Auslandsschulen

H.M. - Die Freizügigkeit des Austausches von Dienstleistungen steht seit Jahren mit Vordringlichkeit im Aktionsprogramm der für die Völkerverständigung eintretenden Regierungen und Institutionen. Schneller als vermutet, wurde in der jüngsten Vergangenheit diese Entwicklung durch die Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften, besonders im industriellen Bereich, vorangetrieben. Nicht minder schnell hat man aber auch die Erfahrung machen müssen, daß mit der "Liberalisierung" der Arbeitsplätze nicht alle Hindernisse ausgeräumt worden sind, die in der Praxis der internationalen Verständigung entgegenstehen.

Betriebsverluste durch Verständigungsschwierigkeiten

Die trennenden Schranken zwischen den Völkern liegen nämlich nicht ausschließlich im bisher verhinderten freien Austausch von Arbeitsleistungen, sondern ganz schlicht und einfach in den sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten zwischen In- und Ausländern. In der Bundesrepublik ist es beispielsweise durch den Zuzug von rund einer Million Gastarbeiter notwendig geworden, besondere Kurse für die Erlernung der deutschen Sprache einzurichten. Die Kosten dieses Unterrichts tragen zum Teil die Gastarbeiter entsendenden Länder, teils aber auch die einstellenden Unternehmen und die Arbeitnehmerorganisationen. Die deutschen Sprachkenntnisse sind unbedingt erforderlich, wenn erhebliche Betriebsverluste durch eine Minderung der Arbeitsproduktivität oder eine über dem Durchschnitt der Unfallhäufigkeit liegende Gefährdung der Gastarbeiter vermieden werden sollen.

Kritik an den Kosten ist ungebracht

Die Bundesregierung hat schon in früheren Jahren 135 deutsche Auslandsschulen finanziert und etwa 200 weitere Institute, die einen Deutschunterricht vermitteln, finanziell gefördert. Rund 50 Millionen DM durchlaufen jährlich den Etat des Auswärtigen Amtes, die im wesentlichen dem Zweck dienen, Ausländer mit der deutschen Sprache schon in ihrem Heimatland vertraut zu machen. Diese Summe aber reicht nicht aus.

Die Aufwendungen und Bemühungen zur weiteren Verbreitung der deutschen Sprache müssen nachhaltig verstärkt werden; schon deshalb, weil der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften in der Bundesrepublik eher steigen als sinken wird. Die Errichtung von weiteren Schulen und Sprachkursen in Ländern und Gebieten, aus denen die Gastarbeiter kommen, wird nicht zu umgehen sein. Kritik an den wachsenden Kosten dieser deutschen Kulturarbeit im Ausland, wie sie gerade in diesen Tagen wieder laut geworden ist, sollte dies bedenken. Andere Industrieländer gehen für diese Auslandsarbeit wesentlich mehr aus. Vor allem aber sollte beispielhaft wirken, daß dort die großen Industriebetriebe zum Hauptförderer der sprachlichen Verständigungshilfe geworden sind.

Beredtes Schweigen

Bonn und Südafrika

P.K. - Wie steht die Bundesregierung eigentlich zur Rassenfrage? Eine klare Antwort wird immer dringlicher. Staatssekretär Karl Carstens hat es am Montag für richtig gehalten, in Vertretung seines Ministers den südafrikanischen Außenminister Dr. Hilgard Muller in Auswärtigen Amt zu empfangen und zu Ehren dieses Repräsentanten des Unrechts ein Essen zu geben. Dabei wurden freundliche Sprüche gewechselt. Carstens sagte nicht ein einziges Wort zugunsten der politischen Missetat, die wegen demokratisch-freieitlicher Haltung zu Hunderten in südafrikanischen Kerkern schmachten.

Ein Regierungssprecher weinte später gelangweilt: "Schließlich war es ein Höflichkeitsbesuch. Da konnte man doch sowas nicht anschnitten." Nicht einmal für den makellosen farbigen Germanisten Dr. Neville Alexander, der auf der Strafland "Robben-Island" eine zehnjährige Freiheitsstrafe verbüßt, und dem hochangesehene deutsche Politiker und Professoren das beste Charakterzeugnis ausstellen, hat sich Staatssekretär Carstens eingesetzt. Wie können Diplomaten, die aus ängstlicher Höflichkeit die Gerechtigkeit opfern, die deutschen Rechtspositionen in der Welt wirksam vertreten?

Aber die Sache hat noch einen anderen, nicht minder schwerwiegenden Gesichtspunkt. Seit Jahren werben wir um das Verständnis der jungen afrikanischen Nationen. Wir helfen beim Aufbau und erwarten Sympathie für die politischen Anliegen des geteilten deutschen Volkes. Alle diese nicht zuletzt recht kostspieligen Bemühungen sind gefährdet, wenn wir das sich anbahnende Vertrauen der Afrikaner mißbrauchen und fortführen, die weißen Negerverächter von Pretoria zu hofieren.

Das schwarze Afrika wartet auf eine Stellungnahme der Bundesregierung. Der britische Außenminister Richard Butler hat in Unterhaus die Unterdrückung der politischen Meinungsfreiheit und die Willkürjustiz in Südafrika scharf verurteilt. Warum schweigt Bonn beharrlich zur fortgesetzten Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze in Südafrika?

Die Bundesrepublik läuft Gefahr, bei Afrikanern auf Grund ihrer wohlwollenden Tolerierung der Apartheid-Politik mit dem Rassenökol der Spätkolonialisten von Pretoria identifiziert zu werden. Im gleichen Maße wie solche Zweifel sich in Afrika durchsetzen, werden die Entwicklungsaussichten deutscher Entwicklungshilfe geschmälert. Daran kann nicht einmal denjenigen Industriekreisen gelegen sein, die beispielsweise über die "Deutsche Afrika-Gesellschaft" die Regierung bedrängen, sich nicht in die inneren Verhältnisse Südafrikas einzumischen. Anstatt auf diese Kreise zu hören, täten die Afrika-Experten der Bundesregierung besser daran, sich der wohlbegründeten Ansicht des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor Ludwig R a i s e r, anzuschließen, der unlängst in einem Aufruf für gerechte Behandlung farbiger Apartheid-Begner erklärte: "Wir wahren ein gemeinsames und schließendlich unverzichtbares Gut, wenn wir darauf bestehen, daß auch dort fundamentale Prinzipien rechtsstaatlichen Verfahrens nicht verletzt werden, sie gehören zum festen Bestand der Kultur, in deren Zeichen die weiße Minderheit in Südafrika glaubt, ihre Herrschaft ausüben zu können."